

P R E S S E M I T T E I L U N G

Bonn, 21. Januar 1991

Sperrfrist: 21.01.1991,

10.00 Uhr

Rede

der Frau Bundesminister a.D. Dr. Dorothee Wilms, MdB,

zur Abschlußveranstaltung der Bundesregierung

für das bisherige

Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen

am 21. Januar 1991 in Bonn

Mit der Bildung der neuen Bundesregierung unter Bundeskanzler Helmut Kohl hat die über 40-jährige Existenz des bisherigen Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen ihr Ende gefunden - ein ehrenvolles Ende, wie ich meine! Nicht Fruchtlosigkeit der Arbeit oder politische Resignation haben dazu geführt, sondern die Erreichung des Zieles, die Erfüllung der Aufgabe, die dem Ressort gestellt waren, haben dies bewirkt: Die Vereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit!

Hätte es einen schöneren Abschluß geben können? Wann je konnten die Mitarbeiter eines sehr politischen Bundesministeriums sagen: "Aufgabe erfüllt"?

Auch wenn in der Vergangenheit vieles eher im Stillen geschehen mußte, die Kenner der Deutschlandpolitik wissen, daß die Mitarbeiter des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen besonderen Anteil am Werk der staatlichen Einigung haben, und dies über Jahrzehnte hinweg.

Das Ressort genoß viel Respekt im Lande, gerade und vor allem auch in der ehemaligen DDR. Jeder einzelne Mitarbeiter hat an seinem Platz und in seiner Funktion dazu einen Beitrag geleistet. Dafür sei Ihnen herzlich Dank gesagt! Sie alle haben sich in der Erfüllung Ihrer Pflichten und in Ihrem deutschlandpolitischen Engagement auch dann nicht beirren lassen, als die Aufgabe unseres Hauses manchen als unzeitgemäß galt. In diesem Ressort ist stets und beharrlich an der Verwirklichung des Auftrages festgehalten und gearbeitet worden, den uns das Grundgesetz von 1949 erteilt hat: die Einheit Deutschlands in Frieden und Freiheit zu vollenden.

Dieses Haus hat sich im wahrsten Sinne des Wortes als vorbildlich erwiesen, als es galt, auch politische Durststrecken auf dem Weg zum großen Ziel zu bewältigen. Ich denke, daß die Geschichtsschreibung dies einmal würdigen wird. Vielleicht wäre die Geschichte ohne den bemerkenswerten Einsatz aller Mitarbeiter - und hierbei denke ich an alle Angehörigen des Ministeriums seit dem Herbst 1949 und auch besonders an diejenigen, die sich durch persönlich-politisches Schicksal der Arbeit besonders eng verbunden fühlten - anders verlaufen.

Während der letzten vier Jahre, in denen ich das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen leiten durfte, habe ich die meisten von Ihnen persönlich kennen- und Ihr Engagement schätzengelern. Ich habe Respekt vor dem großen Einsatzwillen. Der galt zunächst und vor allem den

Menschen im ehemals geteilten Deutschland und gilt heute den Menschen in den neuen Bundesländern.

Viele Menschen, vor allem in und aus der ehemaligen DDR, wissen, was Sie all die Jahre - ohne viel Aufhebens, aber wirksam - geleistet haben. Mancher ehemalige politische Häftling der DDR kann das wohl besser beurteilen als jene, die die Deutschlandpolitik als publizistisches Feld erst in den letzten Monaten entdeckt haben!

Ich erinnere an die Hauptaufgaben des Ministeriums in den Zeiten der aufgezwungenen Teilung:

- Der Einheit der Nation zu dienen,
- den Zusammenhalt des deutschen Volkes zu stärken,
- die Beziehungen der beiden Staaten in Deutschland zu fördern,
- die deutschlandpolitische Verantwortung der Bundesregierung wahrzunehmen.

Der letztgenannten Aufgabe hat sich in Folge des mit der DDR 1972 abgeschlossenen Grundlagenvertrages auch das Kanzleramt angenommen.

Heute ist aber berechtigt zu fragen, ob die deutsche Frage im Bewußtsein unseres Volkes wach und offen zu halten gewesen wäre, wenn nicht dieses Haus mit dem nachgeordneten Gesamtdeutschen Institut in jahrzehntelanger kontinuierlicher Zusammenarbeit mit Organisationen, Bildungsstätten, Journalisten und Wissenschaftlern die verfassungsgemäße Zieltreue unbeirrt verwirklicht hätte. Und war es nicht auch dieses Haus, das beispielsweise seit 1984 den Gedanken der Verbundenheit von deutscher und europäischer Einheit und den von der Verknüpfung von Deutschlandpolitik und Menschenrechten national und international immer besonders akzentuiert hat?

Der Auftrag der staatlichen Einheit ist seit dem 3. Oktober 1990 erfüllt, und insoweit wurde diese Aufgabe des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen in einem höchst positiven Sinne gelöst. Es bleiben die Aufgaben, die sich bei der Verwirklichung der Vereinigung in einem weiteren Sinne stellen; vor allem kommt es darauf an, ähnliche Lebensverhältnisse in allen Teilen Deutschlands zu schaffen.

Aber in dieser Stunde schweift auch der Blick zurück zu den Anfängen des Ressorts.

Von Konrad Adenauer als sogenanntes Ost-Ministerium in die entscheidenden Verhandlungen zur Bildung der ersten Bundesregierung eingebracht, wurde das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen nach dem Willen des Kanzlers und

im vollen Einvernehmen aller Beteiligten Jakob Kaiser als Minister anvertraut. Kaiser war Gewerkschafter und Sozialpolitiker, Mitglied des letzten freigewählten Reichstages und mutiger Gegner der nationalsozialistischen Diktatur. Er gehörte zu dem in seiner Bedeutung oft weit unterschätzten christlichen Arbeiterflügel des Widerstandes gegen das NS-Regime vom 20. Juli 1944.

Im Nachkriegsdeutschland repräsentierte Kaiser mit seiner Person und Politik das Aufbegehren gegen die Diktatur der Kommunisten in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und gegen die von den Kommunisten zu verantwortende Teilung unseres Landes.

Unter Kaisers Leitung und der des unvergessenen ersten Staatssekretärs dieses Hauses, Franz Thedieck, der in seinem hohen Alter die Vereinigung Deutschlands noch erleben darf, befaßte sich das Bundesministerium mit allen aus der Teilung resultierenden Problemen und mit der Entwicklung detaillierter Pläne für die Wiedervereinigung.

Ich erinnere hier an den Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands, der allerdings 1974 seine Arbeiten beenden mußte.

Dieses intensive Befassen mit den Problemen der Teilung und ihrer Überwindung trug jedoch zum besonderen Sachverstand des Ministeriums und seiner Mitarbeiter für die Verhältnisse in der Sowjetischen Besatzungszone und späteren DDR und besonders für die Belange der Menschen im geteilten Deutschland bei. Dies wurde um so wichtiger, als sich die Erwartungen auf eine rasche Wiedervereinigung nicht erfüllten. Tatsächlich arbeitete das BMB in weiten Teilen bis heute noch auf den Grundlagen, die Anfang der fünfziger Jahre geschaffen wurden.

Unterdessen war die Westbindung der Bundesrepublik Deutschland gefestigt und schließlich die Westintegration des freien Teils Deutschlands erreicht. Dies geschah vor allem auch mit Blick auf die Rückgewinnung der Einheit Deutschlands.

Im damals heftig umstrittenen Deutschlandvertrag von 1954 wurde als Ziel deutscher und westallierter Politik bestimmt, "ein demokratisches Deutschland auf der Grundlage der Gleichberechtigung in eine kontinental-europäische Gemeinschaft einzubeziehen" und "zusammenzuwirken, um mit friedlichen Mitteln ihr gemeinsames Ziel zu verwirklichen: ein wiedervereinigtes Deutschland, das eine freiheitlich-demokratische Verfassung, ähnlich wie die Bundesrepublik, besitzt, und das in die europäische Gemeinschaft integriert ist".

Damit war für den Fall der Wiedervereinigung außen- und innenpolitische Kontinuität verbrieft. Das Grundgesetz wurde in den Rang der Modellverfassung eines wiedervereinigten Deutschlands erhoben.

Die Vision und Strategie der Deutschland- und Europapolitik Konrad Adenauers hat sich - wie wir heute wissen - als richtig und richtungweisend erwiesen. Man könnte sie nachgerade als vorweggenommene Dramaturgie des Einigungsprozesses der Jahre 1989/90 interpretieren.

Erlauben Sie mir an dieser Stelle eine historische Feststellung, die vielfach schon in Vergessenheit geraten ist: Dem gleichzeitigen, wenn auch nicht immer gleichgerichteten Wirken Adenauers und Kaisers war auch die Wiedereingliederung des Saarlands als Deutsches Bundesland zu verdanken. Dabei hat das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen eine herausragende Rolle gespielt.

Die Deutschlandpolitik Adenauers, Kaisers und seines Nachfolgers Ernst Lemmer - auch er ein Vertreter der Weimarer Erlebnissgeneration, nonkonform in der nationalsozialistischen Zeit und Opponent unter der kommunistischen Diktatur in der Sowjetzone Deutschlands - hatte prophetische Kraft. Die Überlegung, daß die Einheit in Freiheit nur im Bündnis mit dem Westen erreicht werden könne, war Grundlage einer Politik, die letztendlich zum Ziel geführt hat.

Das Werk Kaisers und Lemmers setzten Rainer Barzel und Erich Mende, beides Politiker der jüngeren Kriegsgeneration, fort. Rainer Barzel war der erste Minister dieses Ressorts, der 1962/63 die zu befürchtende längere Teilungsdauer zum Maßstab der Deutschlandpolitik machte - eine bedeutsame Weichenstellung!

Es begann die Zeit der besonderen humanitären Bemühungen angesichts eines Gegenübers, dem vor dem Mauerbau, dieser vorweggenommenen Bankrotterklärung des SED-Regimes, die Menschen massenhaft davongelaufen waren. Zum Nutzen vieler aus politischen Gründen Inhaftierter hatte Rainer Barzel damals damit begonnen, mit den Machthabern der DDR die ersten Gespräche über den Freikauf von politischen Häftlingen aufzunehmen. Er hatte damit Erfolg. In diesem Zusammenhang möchte ich auch den Namen des späteren Staatssekretärs des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen, Ludwig Rehlinger, dankbar erwähnen.

Diese speziellen Bemühungen im Interesse der betroffenen Menschen waren über Jahre und Jahrzehnte

hinweg erfolgreich; Mitarbeiter dieses Bundesministeriums haben sich dabei kontinuierlich in besonderer Weise engagiert. Es ist überhaupt ein noch zu schreibendes Erfolgskapitel deutscher Nachkriegsgeschichte, daß es uns gelang, in allen erfolgten Fällen des Freikaufs politischer Häftlinge und der Familienzusammenführung Lösungen zu erreichen, die den betroffenen Menschen unmittelbar und wirksam geholfen haben, ohne daß wir dabei die Position der Einheit preisgegeben haben.

Aus der Zeit Jakob Kaisers sind heute noch im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen Frau Letterhaus (seit dem 1. Juni 1953) sowie Herr Simianer und Herr Stubenrauch, langjähriger Vorsitzender des Personalrates, tätig. Zu den vier dienstältesten Mitarbeitern zählt auch Herr Hüther in Berlin, der am 1. Januar 1959 in das Haus eintrat.

Rund vierzig Kolleginnen und Kollegen, die ich hier nicht einzeln nennen kann, erlebten das "Drei-Minister-Jahr" 1966, als Erich Mende nach einigen Wochen von Johann Baptist Gradl und dieser für die Dauer der Großen Koalition von Herbert Wehner als Minister abgelöst wurde.

Wehner war einer der maßgeblichen Gestalter der Deutschlandpolitik während der Großen Koalition von 1966 - 1969. Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger trat als erster Regierungschef mit dem Vorsitzenden des Ministerrates der DDR, damals Willy Stoph, in einen Briefwechsel über Fragen der menschlichen Erleichterungen im geteilten Deutschland ein.

Auf die Große Koalition folgte 1969 die Sozial-Liberale Bundesregierung. Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen erhielt seine heutige Bezeichnung. "Innerdeutsche Beziehungen" - das war ein ehrgeiziges Programm, bedeutete gleichzeitig aber eine Akzentverschiebung bei der Aufgabenstellung und beim Selbstverständnis, eine heikle politische Gratwanderung zwischen "Wiedervereinigung" und "Zweistaatlichkeit".

In dieser Phase leitete "Egon Franke" das Ressort, der dieses Amt am längsten innehatte. Während seiner Amtszeit fanden 1970 die Treffen von Bundeskanzler Willy Brandt und Ministerpräsident Stoph in Erfurt und in Kassel statt, die damals verständlicherweise weltweites Aufsehen erregten. Erfurt verdeutlichte, daß auch unsere Landsleute in der DDR an der Einheit Deutschlands festhielten. Die Bilder von damals bleiben für uns alle unvergessen!

1972 wurde dann der Grundlagenvertrag abgeschlossen, an dessen Erarbeitung Mitarbeiter des Hauses maßgeblich Anteil hatten.

Die Entwicklung der Deutschlandpolitik auf der Grundlage der 1972 hergestellten zwischenstaatlichen Beziehungen rückte unser Haus zunächst in das Zentrum der politischen Entscheidungen und Weichenstellungen. Das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen koordinierte die Aktivitäten der Bundesressorts nach dem Grundlagenvertrag.

Die Konstruktion der Ständigen Vertretungen, zumal die Anbindung beider Ständigen Vertretungen an das Bundeskanzleramt, bedeutete indes eine gewisse Einschränkung der durch Gesetz geregelten Aufgabenstellung dieses Hauses. Das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen war für die offizielle SED-Regierungspolitik nicht existent - für die Menschen dort umso mehr!

Gleichwohl hat dieses Haus auf der Basis der verbesserten Beziehungen zwischen beiden Staaten in Deutschland alle gegebenen Möglichkeiten einer Politik für die Menschen im geteilten Land genutzt.

Viele Angehörige des BMB haben als vorübergehende Mitarbeiter in der Ständigen Vertretung in Berlin (Ost) auch die Möglichkeit gehabt, den sogenannten realen Sozialismus im anderen Staat in Deutschland besonders intensiv kennenzulernen.

Der Regierungswechsel vom Oktober 1982 brachte eine Wende der Deutschlandpolitik. Mit Rainer Barzel übernahm - wiederum nur für kurze Zeit - ein intimer Kenner der Materie zum zweiten Mal die Spitze unseres Hauses, ein Mann, der die parlamentarische Opposition gegen die Ostverträge als CDU/CSU-Fraktionsvorsitzender der Jahre 1969 bis 1973 geführt hatte. Die neue Bundesregierung unter Bundeskanzler Helmut Kohl formulierte und akzentuierte die Deutschlandpolitik gegenüber der DDR neu. Sie stellte das Ziel der deutschen Einheit in Freiheit wieder in den Vordergrund, ohne den Ausbau der staatlichen Beziehungen zur DDR zu vernachlässigen.

In dieser Zeit gewann man erstmals die Bundesländer für eine Zusammenarbeit mit diesem Ressort bei der so wichtigen Behandlung der deutschen Frage im Schulunterricht.

Heinrich Windelen, auch er noch kabinetterfahren aus den 60er Jahren, wurde in der zweiten Regierung Helmut Kohl mit der Leitung des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen betraut. Die Aufgaben des Hauses nahmen qualitativ

und quantitativ wieder zu, galt es doch, eine Politik mit zu formulieren und zu flankieren, die sich um menschliche Erleichterungen und Begegnungen in Deutschland bemühte und zugleich unbeirrt am Auftrag der Präambel des Grundgesetzes festhielt.

Im engen Schulterschuß mit den Vereinigten Staaten von Amerika gelang der Regierung Helmut Kohl die Durchsetzung des Nato-Doppelbeschlusses. Der Entschluß, der sowjetischen Herausforderung mit Festigkeit zu begegnen, trug - neben dem wirtschaftlichen Niedergang - entscheidend zum Abschied von den sowjetischen "Weltmachtträumen" bei. Auf dieser Einsicht beruht die Politik Michail Gorbatschows, in deren Konsequenz auch die Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas möglich wurde.

Glasnost und Perestroika führten zur Aufweichung der über vierzig Jahre verfestigten Frontstellung des Ostblocks. Es zog allmählich ein konstruktiver Geist in die Ost-West-Beziehungen ein, der Honeckers DDR zwar nicht erfaßte, aber immerhin zu beachtlichen Zugeständnissen nötigte.

Auch in die innerdeutschen Beziehungen kam wieder Bewegung. Der wohl durchschlagendste und nachhaltigste Erfolg war bei den Reisezahlen zu verzeichnen, die seit 1983 rasant anstiegen, und bei den zunehmenden innerdeutschen Begegnungen, nicht zuletzt im Rahmen der sich nun endlich entwickelnden Städtepartnerschaften. Die Verhandlungen mit der DDR erfuhren auf zahlreichen Gebieten eine Wiederbelebung. Das Kulturabkommen, federführend vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen in jahrelangem Bemühen ausgehandelt, bildete 1986 den sinnfälligen Höhepunkt eines deutschlandpolitischen Abschnittes, der rückblickend als eine Vorstufe zur Einheit erscheint.

Ich selbst übernahm in der 3. Regierung von Bundeskanzler Helmut Kohl im März 1987 dieses Ressorts und führte die eingeschlagene Politik fort - mit deutlichen europapolitischen Akzenten.

Die Entwicklung zur Einheit, die vor anderthalb Jahren einsetzte, verträgt keine einfachen, eindimensionalen Erklärungen. Sie äußerte sich in der Flucht tausender Deutscher aus der DDR in die Botschaften der Bundesrepublik Deutschland in Budapest, Prag und Warschau, in der Öffnung der ungarisch-österreichischen Grenze, die einen Massenexodus aus der DDR nach sich zog, in den friedlichen Massendemonstrationen des Herbstes 1989.

Aber eines möchte ich hier noch einmal festhalten: Die zentrale Voraussetzung für die Rückgewinnung der staatlichen Einheit war das Festhalten am Auftrag der Präambel des Grundgesetzes und an der einen deutschen Staatsangehörigkeit, auf die sich die Menschen in der DDR in ihrem Streben nach Freiheit und Einheit bezogen und an der diese Bundesregierung - anderen politischen Bestrebungen zum Trotz - festgehalten hat.

Uns allen wurde in jenen Tagen des Herbstes 1989 noch einmal sehr deutlich, wie wichtig und unverzichtbar die vierzigjährige Arbeit des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen und später für innerdeutsche Beziehungen war.

Durch konkrete Maßnahmen hat es von Anfang an darauf hin gearbeitet, daß das Bewußtsein der Deutschen von der Einheit der Nation aufrecht erhalten und gestärkt sowie die Folgen der Teilung zum Nutzen der Menschen gemildert wurden.

An dieser doppelten Aufgabenstellung hat sich die Arbeit des Ministeriums und seiner Mitarbeiter in all den Jahren - mit unterschiedlichen Akzenten - orientiert:

Die Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit im In- und Ausland sowie die Förderung kultureller Maßnahmen und von Begegnungen der Menschen aus beiden Teilen Deutschlands haben maßgeblich dazu beigetragen, daß die historischen und kulturellen Gemeinsamkeiten auch der Nachkriegsgeneration vermittelt und im Bewußtsein der Bevölkerung wachgehalten wurden. Sie waren damit stets auch ein wichtiger Teil operativer Deutschlandpolitik.

Viele dieser Aktivitäten wurden von zahlreichen Trägern und Einrichtungen der politischen Bildungsarbeit sowie vom Gesamtdeutschen Institut durchgeführt. Daher gilt an dieser Stelle mein Dank dem Einsatz dieser Institutionen, insbesondere auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bundesanstalt für gesamtdeutsche Aufgaben in Bonn und in Berlin unter ihrem Präsidenten Kühn.

Auch in Zukunft wird es eine wesentliche Aufgabe bleiben, noch vorhandene geistige Barrieren zwischen den Menschen in Deutschland abzubauen und zum Zusammenwachsen des vereinten Deutschlands beizutragen.

Die von diesem Haus seit 1949 unterstützte deutschlandpolitische Forschungsarbeit hat dazu gedient, das politische Zeitgeschehen und insbesondere die Entwicklung in der DDR wissenschaftlich aufzuarbeiten. Ich erinnere in diesem Zusammenhang beispielsweise an die Veröffentlichungen des bereits erwähnten Forschungsbeirats. In meiner Amtszeit habe ich es dabei als besonderes Anliegen

betrachtet, den wissenschaftlichen Nachwuchs innerhalb und außerhalb der Universitäten an deutschlandpolitische Fragestellungen heranzuführen.

Im humanitären Bereich hat dieses Ministerium im Stillen kontinuierlich vielen Menschen, die unter der Teilung besonders gelitten haben, helfen können. Neben dem bereits genannten Freikauf politischer Häftlinge und der Familienzusammenführung erwähne ich nur beispielhaft die Rechtsberatung und den Rechtsschutz einzelner sowie die Förderung von Hilfsmaßnahmen der Kirchen und zahlloser Verbände wie privater Personen, die durch ihre Aktivitäten ungezählten armen, kranken und alten Menschen in der ehemaligen DDR das Leben erleichtert haben.

Mit seinem umfangreichen medizinischen Soforthilfeprogramm und weiteren aktuellen Hilfsmaßnahmen im letzten Jahr hat das Bundesministerium diese konkrete Unterstützung für die Menschen in den fünf neuen Bundesländern effektiv und umfassend fortgesetzt. Beharrliche Pflege und konsequenter Ausbau der innerdeutschen Beziehungen haben den Weg zur Einheit vorbereitet und geebnet. Das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen war seit 1949 an allen Beratungen und Verhandlungen der Regierungen der beiden Staaten - auch in der dramatischen, entscheidenden Phase seit dem Sommer 1989 - beteiligt.

Schließlich waren wichtige Schwerpunkte der Arbeit dieses Hauses die Unterstützung der deutschlandpolitischen Arbeit der Vertriebenen- und Flüchtlingsverbände sowie die Intensivierung der Bindung Berlins an das übrige Bundesgebiet. Wir haben stets darauf geachtet, daß die Entwicklung auf diesem sensiblen Feld der Deutschlandpolitik sich nicht um Berlin herum vollzog, sondern Berlin und seine Menschen voll mit einbezog.

Von besonderer Bedeutung gerade für dieses Ressort war die seit langem bewährte gute und konstruktive Zusammenarbeit mit dem Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen des Deutschen Bundestages. Ich danke allen Mitgliedern des innerdeutschen Ausschusses und besonders seinem letzten Vorsitzenden, Herrn Hans-Günter Hoppe, für ihren Rat, ihr Verständnis und ihre Unterstützung der Arbeit des Hauses über viele Jahre hinweg. Die Abgeordneten waren uns jederzeit ein ebenso fairer und verständiger wie sachkundiger und stimulierender parlamentarischer Partner.

Eine fruchtbare Zusammenarbeit hat auch mit dem Unterausschuß Zonenrandförderung des Deutschen

Bundestages stattgefunden, dessen Mitgliedern ich ebenfalls hierfür herzlich danke. Die Maßnahmen der Zonenrandförderung im wirtschaftlichen, verkehrlichen, sozialen und kulturellen Bereich haben bewirkt, daß die durch die Teilung Deutschlands benachteiligten Regionen an der innerdeutschen Grenze mit der Entwicklung im übrigen Bundesgebiet Schritt halten konnten und sie heute ihre wichtige Brückenfunktion zu den fünf neuen Bundesländern erfüllen.

Die entscheidende Etappe der Deutschlandpolitik ist mit der staatlichen Einigung am 3. Oktober '90 erreicht worden. Jetzt gilt es, auch die innere Einheit zu erreichen - wirtschaftlich, sozial und vor allem menschlich.

Dabei bleibt die europäische Perspektive unseres politischen Handelns wichtig. Kein europäisches Land hat so viele verschiedene Nachbarn wie das geeinte Deutschland; sein Blick muß sich nach Westen und Osten richten. Seine künftige Schicksalsfrage ist die Frage aller Europäer: die europäische Einigung. Die Präambel des Grundgesetzes hatte schon 1949 den unauflöselichen Zusammenhang zwischen Deutschland und Europa erkannt und definiert.

Der Fortgang der europäischen Integration hat nicht zuletzt vom deutschen Einigungsprozeß neue Anstöße erhalten. Die Golfkrise führt uns vor Augen, welche veränderte, gewachsene Bedeutung das vereinte Deutschland in der Weltpolitik spielt.

Auf die Politiker und die Mitarbeiter in den Bundesministerien kommen neue schwere Aufgaben zu; die nächste Zeit wird innen- wie außenpolitisch von Sorgen erfüllt sein. Wir alle werden - jeder an seinem Platz - an der Lösung der vielfältigen Aufgaben mitwirken. Ich wünsche Ihnen dazu viel Erfolg!